



Berlin, 24. Januar 2011

GdP fordert „Sicherheitsgarantie“ für deutsche Polizei in Afghanistan

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat angesichts eines möglichen Abzuges der Bundeswehr aus Afghanistan eine „Sicherheitsgarantie“ für die deutschen polizeilichen Aufbauhelfer gefordert. Jörg Radek, stellvertretender GdP-Vorsitzender und im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für Auslandsmissionen: „Unsere Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan verfolgen mit gemischten Gefühlen die Diskussion in Deutschland über einen Abzug der Bundeswehr, während gleichzeitig die Ausbildung afghanischer Polizisten durch deutsche Beamtinnen und Beamte weiter betrieben werden soll. Es muss sichergestellt werden, dass unsere Kolleginnen und Kollegen am Hindukusch auch weiterhin militärischen Schutz bei ihrer Arbeit genießen können.“

Radek, der von einer Reise nach Afghanistan zurückgekehrt ist, zeigte sich sehr zufrieden über die Fortschritte der polizeilichen Aufbauarbeit: „Es ist immens, was die deutsche Polizei dort geleistet hat. Diese Arbeit muss nun auch in Sicherheit vollendet werden können.“ Zwar treffe es zu, dass die zivile Aufbauarbeit, wozu auch der Aufbau eines Polizei- und Justizwesens gehöre, künftige Priorität vor militärischem Engagement haben müsse. Dennoch, so Radek, seien gerade die Ausbildung von afghanischen Polizisten und der Aufbau eines Rechtsstaates den Aufständischen und Kriminellen ein Dorn im Auge. Radek appellierte an die Bundesregierung vor der Entscheidung über die Mandatsverlängerung am Freitag im Bundestag, auch eine realistische Einschätzung über den Fortgang des polizeilichen Engagements in Afghanistan vorzunehmen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190